



Pläne der Bundesregierung:

## Steuersenkungen oder solide Staatsfinanzen?

NR. 11 November 2009

32. Jahrgang

### Arbeit

Analyse mit fragwürdiger  
Methodik

*Seite 3*



### Wirtschaftsnews

Meldungen aus dem  
Wirtschaftsleben

*Seiten 4/5*



### Nahaufnahme

Aus der pfälzischen Metall-  
und Elektroindustrie

*Seiten 8/9*





Foto: ©PIXELIO/Klicker

## Waage

**D**ieses Ergebnis der Umfrage ist wenig überraschend: Die Deutschen wollen die von gelb-schwarz versprochenen Steuersenkungen sehr gerne haben. Ebenso wenig überrascht das Ergebnis auf die Frage, wie es denn die Bundesbürger mit der Staatsverschuldung halten: Die hätten sie dann doch nicht so gerne. Beide Fragen stammen aus derselben Umfrage. Doch was sich zunächst wie Widerspruch ausmacht, ist in Wahrheit doch machbar – in zwei Szenarien.

Das erste Szenario bedeutet „Einsparen“. Das Geld, was man als Mindereinnahmen in Folge der Steuersenkungen in die Staatskassen bekommt, wird an anderer Stelle – bei den Ausgaben – eingespart. Das erfordert allerdings, dass nicht nur verteilt, sondern auch weggenommen wird. Ein Unterfangen, das zwar sinnvoll ist, aber in der Politik nicht von allzu großer Popularität gesegnet ist.

Das zweite Szenario bedeutet „Anreize setzen“. Niedrigere Steuern sorgen zwar zunächst staatlicherseits für weniger „cash in de Täsch“, aber setzen Anreize für mehr Konsum, ein Anziehen der Konjunktur und somit – mittelbar – weniger Staatsausgaben. Denn wenn die Wirtschaft wieder anzieht,

gibt es weniger Sozialausgaben und mehr Steuereinnahmen – trotz niedrigerer Steuersätze.

Richtig gut wäre es allerdings, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen: Sprich: Die Steuern so zu senken, dass Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet werden und gleichzeitig auch den Haushalt zu durchforsten. Denn wir dürfen nicht vergessen: Wenn wir davon sprechen, dass die Steuersenkungen keine zusätzliche Belastung bedeuten dürfen, dann tun wir das immer noch vor dem Hintergrund eines nicht ausgeglichenen Haushaltes und 36,8 Mrd. Euro neuer Schulden, die die Bundesrepublik Deutschland alleine in diesem Jahr aufzunehmen müssen, um Ausgaben und Einnahmen in die Waage zu bringen.

*Marcel Speker*

marcel.speker@pfalzmetall.de

### inhalt

#### arbeit

**3** Analyse mit fragwürdiger Methodik

#### wirtschaft

**4/5** Meldungen aus dem Wirtschaftsleben

#### finanzpolitik

**6/7** Umfrage: Keine Steuersenkungen um jeden Preis  
Brüderle: Steuerliche Entlastungen  
Staatshaushalte: Hohe Schuldenberge in Euroland

#### nahaufnahme

**8/9**

#### service: recht

**10** Beleidigungen im Straßenverkehr: Stinkefinger kostet bis zu 4.000 Euro

#### service: verbraucher

**11** Kundenkarten: Viele Daten – weniger Rabatt

#### grafik des monats

**12** Das Krankenkassen-Sterben

### impressum

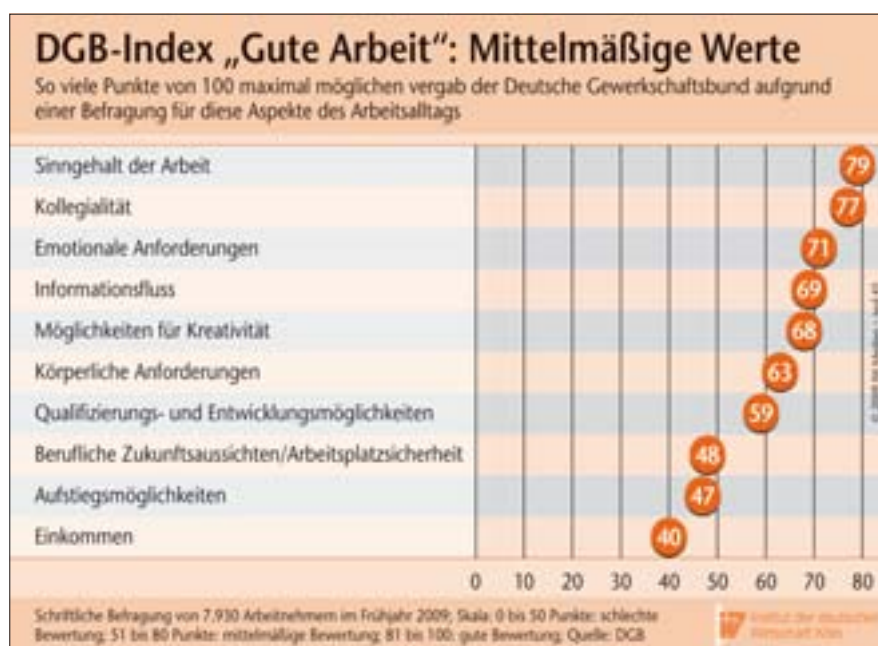
Herausgeber: **PFALZMETALL**  
Friedrich-Ebert-Straße 11–13, 67433 Neustadt  
Internet: [www.pfalzmetall.de](http://www.pfalzmetall.de)  
Redaktion: Marcel Speker (verantw.)  
Gestaltung: Rainer Sauter  
Anschrift der Redaktion:  
FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,  
Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39  
E-Mail: [ferrum@pfalzmetall.de](mailto:ferrum@pfalzmetall.de)  
FERRUM erscheint monatlich.  
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Titelbild: ©PIXELIO/Claudia Hautumm; Fred Vollmer. John Deere.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,  
Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.  
Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

## DGB-Index „Gute Arbeit“:

# Analyse mit fragwürdiger Methodik



**Wie zufrieden sind die Bundesbürger mit ihren Arbeitsplätzen? Dieser Frage geht der Deutsche Gewerkschaftsbund regelmäßig nach. Laut aktuellem DGB-Report haben 12 Prozent der Beschäftigten eine gute Arbeit, 55 Prozent nur eine mittelmäßige und 33 Prozent sogar eine schlechte. Dieses ernüchternde Ergebnis steht allerdings im Widerspruch zu anderen Erhebungen.**

**O**b Verkäuferin in einer kleinen Gemeinde oder Versicherungskaufmann in der Großstadt: Die meisten Arbeitnehmer bewerten ihren Arbeitsalltag nur als „mittelmäßig“. Zu dieser Einschätzung kommt zumindest der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in seinem Index „Gute Arbeit“, den er in diesem Jahr zum dritten Mal veröffentlicht hat.

Der DGB befragte dazu schriftlich 7.930 Arbeitnehmer quer durch alle Branchen, Beschäftigungsverhältnisse, Betriebsgrößen und Regionen. Dabei wurden im Detail 15 Aspekte des Arbeitslebens unter die Lupe genommen – darunter die Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, die Güte des Informationsflusses, die Kollegialität, die Arbeitsbelastung, das Einkommen und die zu erwartenden Renten (Grafik). Mit knapp 80 von maximal 100 möglichen Punkten bewerteten die Arbeitnehmer den Sinngehalt ihrer Arbeit sowie die Kollegialität innerhalb ihres Unternehmens am höchsten.

Dass ausgerechnet diese weichen Faktoren so gut abgeschnitten haben, ist erfreulich: Denn die Arbeitszufriedenheit hängt erwiesenermaßen entscheidend davon ab, ob die eigene Arbeit für bedeutend gehalten wird. Recht zufrieden sind die Erwerbstätigen im Schnitt auch mit den kreativen Möglichkeiten ihres Jobs. Zudem halten sich die meisten Betriebsintern für gut informiert.

Mit einem Indexwert von weniger als 50 Punkten beurteilten die Arbeitnehmer allerdings gleich drei Faktoren ihres Arbeitsalltags als schlecht:

Die beruflichen Zukunftsaussichten, die Aufstiegsmöglichkeiten sowie das Einkommen wurden im Schnitt von allen Teilnehmern der DGB-Befragung als wenig zufriedenstellend bewertet.

Insgesamt erreicht der DGB-Index lediglich einen Durchschnittswert von 58 Punkten – der eigene Job wird also von den Arbeitnehmern nur als mittelmäßig eingestuft.

**Damit bewerten die vom DGB befragten Personen ihre Arbeitsplätze deutlich schlechter, als dies in anderen Untersuchungen der Fall ist.**

Eine Anfang 2008 veröffentlichte repräsentative Befragung von Erwerbstätigen durch Krankenkassen und Berufsgenossenschaften beispielsweise hat gezeigt, dass 90 Prozent der Männer und Frauen ihre Arbeit für vielseitig und abwechslungsreich halten; darüber hinaus fanden fast 80 Prozent, ihre Jobs seien genau richtig.

**Das Institut für angewandte Arbeitswissenschaft, das die Methodik des DGB-Indexes analysierte, rät dazu, die Gewerkschaftsergebnisse nicht überzubewerten.**

So seien zum Beispiel nicht alle 15 Aspekte des Arbeitsalltags gleich gewichtet worden. Weil die schlecht bewerteten Kategorien „Einkommen“ und „Sicherheit“ überdurchschnittlich gewichtet wurden, werde der gesamte Index nach unten gezogen. Eine weitere Verzerrung führt das Institut darauf zurück, dass auch die drei Teilindizes „Ressourcen“, „Belastungen“ sowie „Einkommen und Sicherheit“ unterschiedlich in die Bewertung eingegangen seien. Diese Methodik führe letztlich dazu, dass nur wenige Arbeitnehmer ihre Stelle mit dem Prädikat „gute Arbeit“ auszeichnen konnten.



Foto: ©PIXELIO/Fred Vollmer

## Arbeitslosigkeit ist männlich

**D**ie Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich im Oktober abgeschwächt. Die Unternehmen meldeten den Arbeitgeber-Teams der Arbeitsagenturen knapp 7.300 Stellenangebote, 900 weniger als vor einem Jahr.

Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes traten nur noch selten als Nachfrager auf – im Dienstleistungssektor war das Bild eher uneinheitlich. Weniger Stellenangebote gab es vom Handel und vor allem von der Zeitarbeit, mehr dagegen meldeten vor allem das Gesundheits- und Sozialwesen. Mitte Oktober waren noch rund 13.600 betriebliche Stellen unbe-

setzt, 3.900 weniger als vor einem Jahr. Die Wirtschaftskrise hat bisher vor allem das Verarbeitende Gewerbe und die Zeitarbeit betroffen. Wegen der hohen Männerpräsenz in diesen Bereichen ist gegenüber Herbst letzten Jahres vor allem die Zahl der arbeitslosen Männer gestiegen, und zwar um 10.400 auf 63.100. Die Zahl der arbeitslosen Frauen lag im Oktober 2009 dagegen nur geringfügig über dem Vorjahresniveau (plus 100).

Den ganzen Text gibt es hier: <http://www.lvu.de/main/wirtschaft-in-rlp/arbeitsmarkt/>

## Sorge um Arbeit wächst

**I**mmmer mehr Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Im aktuellen ARD-DeutschlandTrend geben 42 Prozent der Erwerbstätigen an, sich Sorgen um ihren Job zu machen. Das sind 5 Prozentpunkte mehr als im Juni dieses Jahres und ein neuer Höchstwert seit Beginn der Wirtschaftskrise. Zudem ergab die Umfrage, dass gut zwei Drittel der Bundesbürger der Meinung sind, die Bundesregierung habe sich von General Motors „über den Tisch ziehen lassen“.

20 Prozent finden das nicht. Dennoch fordern 58 Prozent, dass die Politik auch weiterhin „alles versuchen“ solle, um Arbeitsplätze zu retten. 39 Prozent sind der Meinung, die Politik solle sich in solchen Fällen „künftig lieber ganz raushalten“. Die große Mehrheit von 90 Prozent der Befragten findet, man solle sich „nicht immer nur um Opel kümmern“, da die „Arbeitnehmer auch in anderen Firmen große Sorgen haben“.

(Quelle: ARD)

## Kurzarbeit auch nach 2009

**D**er Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Martin Kannegiesser, und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, Berthold Huber, haben Bundesarbeitsminister Franz Josef Jung dringend ersucht, den Stichtag zu verschieben, an dem die krisenbedingten Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld auslaufen. Auch im kommenden Jahr müsse Kurzarbeitergeld für maximal 24 Monate zu den aktuellen Konditionen – also mit voller Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge spätestens nach sechs Monaten – beantragt werden können, fordern Kannegiesser und Huber gemeinsam und werden diesen Wunsch dem Minister auch gemeinsam übermitteln. Sie repräsentieren die von der Krise am stärksten betroffenen Branchen: Von den knapp 3,5 Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektro-Industrie waren im zweiten Quartal dieses Jahres im Schnitt fast 950.000 in Kurzarbeit.

Industrie:

## Nur Medizin und Tabak legen zu



Foto: ©PIXELIO/Cornelia Danzer



Foto: ©PIXELIO/Markus Hahn

Die Wirtschaftskrise hat die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie in den ersten acht Monaten um fast ein Viertel schrumpfen lassen. Auch bei den Arbeitsplätzen werden die Folgen der stärksten Rezession der Nachkriegszeit zunehmend spürbar.

Nur zwei Branchen – die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (plus 2,4 Prozent) und der vergleichsweise kleine Wirtschaftszweig Tabakverarbeitung (plus 6,3 Prozent) – erzielten höhere Umsätze als im gleichen Vorjahreszeitraum. Alle anderen Branchen ver-

zeichneten Rückgänge, die bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, dem zweitgrößten Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz, besonders deutlich ausfielen (minus 46,4 Prozent).

Von der Krise ebenfalls stark betroffen waren die umsatzstarken Branchen wie der Maschinenbau (minus 26,9 Prozent) sowie die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (minus 23,5 Prozent), Gummi- und Kunststoffwaren (minus 22,3 Prozent) und Metallerzeugnissen (minus 21,7 Prozent).

## Arbeitskosten dürfen nicht von Volksgesundheit abhängen

Die Koalitionsvereinbarung von Union und FDP schlägt die richtige Richtung ein“, begrüßt PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon, das Regierungsprogramm für die kommenden vier Jahre: „Ziel ist es, gemeinsam die Krise zu überwinden und anschließend wettbewerbsfähig zu bleiben. Dafür stellt die neue Bundesregierung die Weichen richtig.“ Simon begrüßt insbesondere die Entkoppelung der Sozialversicherungsbeiträge von den Arbeitskosten: „Das ist das richtige Signal. Die Kosten der Arbeit dürfen nicht von der Volksgesundheit abhängig gemacht werden – das schwächt unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb ohne Not.“ Wichtig seien in



Foto: Benz

### Pfalz-Metall Hauptgeschäftsführer Werner Simon

diesem Fall auch die angekündigten Korrekturen an der Unternehmenssteuer- und der Erbschaftssteuerreform, die die LVU seit Inkrafttreten dieser Reformen als „Geburtsfehler“ kritisiert hatte.

Gewinnreport:

## M+E-Branche rutscht 2009 in Verlustzone

Wegen Konjunkturkrise und Kurzarbeit rutscht die M+E-Industrie in diesem Jahr wohl erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik in die Verlustzone. Dem Gesamtmetall-Gewinnreport zufolge erwarten die 23.000 Betriebe mit rund 3,5 Millionen Beschäftigten für 2009 eine durchschnittliche Umsatzrendite von minus 0,2 Prozent nach Steuern. Im vergangenen Jahr waren es noch 2,6 und im Boomjahr 2007 sogar 4,2 Prozent. (Quelle: Handelsblatt)

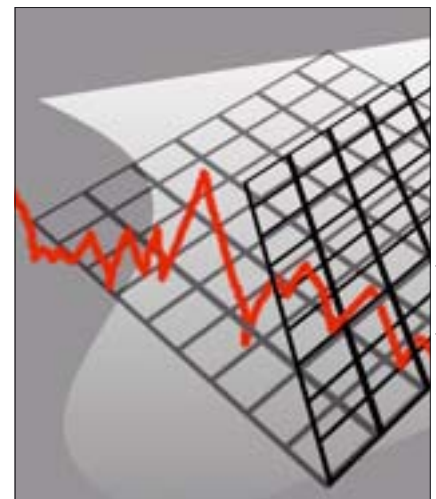


Foto: ©PIXELIO/Angela Parszyk

## „Erwartungen besser als Lage“

BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel warnt vor der Erwartung einer schnellen Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Erwartungen und Hoffnungen seien derzeit besser als die Lage, betont der BDI-Präsident. Allerdings sei aktuell zumindest die Talsohle durchschritten und es werde ein „leichter Aufwärtstrend“ verzeichnet.

Umfrage:

## Keine Steuersenkungen um jeden Preis



Eine große Mehrheit der Deutschen befürwortet die von der schwarz-gelben Koalition geplante Senkung der Einkommensteuer. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Eine breite Mehrheit von 74 Prozent der Bundesbürger hält die geplante Senkung der Einkommensteuer für richtig. Mehr als die Hälfte der Deutschen (54 Prozent) ist sogar der Ansicht, dass weitere Steuersenkungen folgen müssen. Die Forderung nach

weiteren Steuersenkungen stößt nicht nur bei den Anhängern der Regierungskoalition auf Zustimmung. So befürworten zwar die Hälfte der Anhänger der Union und 57 Prozent der Liberalen-Anhänger weitere Steuersenkungen, aber auch innerhalb der SPD-Anhängerschaft (50 Prozent) und sogar bei der Wählerschaft der Linkspartei (57 Prozent) werden die geplanten Steuersenkungen befürwortet und weitere eingefordert. Auch 45 Prozent der Anhänger der Grünen schließen sich dem an.

Gleichzeitig jedoch wollen die Bundesbürger mehrheitlich eine ausgewogene Finanzpolitik: Die Eindämmung der Staatsverschuldung durch Einsparungen oder notfalls auch durch Steuererhöhungen und ein stärkeres Wirtschaftswachstum notfalls auch zu Lasten neuer Schulden – beides ist ihnen beinahe gleich wichtig.

Foto: ©PIXELIO/Klaus Uwe Gerhardt

Brüderle:

## Steuerliche Entlastungen

Eine enttäuschende Entwicklung der Steuereinnahmen wäre nach Auffassung von Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ein zusätzliches Argument für die Notwendigkeit von Steuersenkungen. Gerade bei schwächeren Zahlen als Ergebnis der amtlichen Steuerschätzung seien Steuerentlastungen umso wichtiger, so Brüderle: „Eine Offensivstrategie ist das richtige. Wir müssen Gas geben, indem wir sehr schnell steuerliche Entlastungen durchführen. Wenn wir nichts tun, wird die Situation schlimmer. Wir sind noch nicht über den Berg.“ Steuer-senkungen seien unabdingbar, um das Wachstum zu fördern, sagte der Wirtschaftsminister, der das Argument, der schmale finanzielle Spielraum erlaube keine Steuersenkungen, zurückwies: „Im Gegenteil: Wenn die Kassenlage so schlecht ist, müssen sie etwas tun, müssen sie füllen.“

(Quelle: Reuters, dpa, Dow Jones)

Staatshaushalte:

## Hohe Schuldenberge im Euroland

Fast alle Regierungen in Europa haben milliardenschwere Programme auf den Weg gebracht, um den größten Konjunkturunbruch in der Nachkriegsgeschichte zu bekämpfen. Zwar geht es deshalb wirtschaftlich wieder etwas bergauf. Die Kehrseite der Medaille ist allerdings eine rasant zunehmende Staatsverschuldung. Wie die Staaten wieder aus dem Schuldensumpf herausfinden wollen, ist bisher ungeklärt.

Die tiefen Sorgenfalten mancher europäischer Konjunkturprognostiker haben sich etwas geglättet. Einiges deutet darauf hin, dass die Wirtschaft in den Ländern des Euroraums bald wieder an Fahrt gewinnt. Dieser Ausblick nimmt der ak-

tuellen Krise etwas von ihrer Dramatik: Im Jahr 2009 wird das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum um fast 4 Prozent schrumpfen. Im nächsten Jahr dürfte es dagegen mit der Wirtschaft wieder um 1 Prozent aufwärts gehen.

Die Finanz- und Geldpolitik der Euroländer hat viel zu dieser hoffnungsfrohen Lage beigetragen. Während die Währungshüter mit Hilfen und Garantien den Finanzsektor gestützt und die Zinsen niedrig gehalten haben, ist die Finanzpolitik mit ihren Konjunkturpaketen einen expansiven Kurs gefahren. Gegeizt wird dabei kaum – Staatsausgaben in Milliardenhöhe sollen der Wirtschaft

wieder auf die Beine helfen. Doch die Konsequenzen folgen auf dem Fuße:

**Defizite**

Die Extraleistungen der Staaten zeigen sich umgehend in den Bilanzen der öffentlichen Kassen. Üppige Sonderprogramme gepaart mit niedrigeren Steuereinnahmen in Folge der Krise lassen die Haushaltssalden tief in die roten Zahlen rutschen. Trotz dieser hohen Neuverschuldung wird die Europäische Kommission keine Strafmaßnahmen oder Warnungen aussprechen, obwohl der Maastricht-Vertrag lediglich ein 3-Prozent-Defizit zulässt. Der Grund ist einfach: Die Statuten der EU sehen eine Ausnahme-

regelung für die Haushaltspolitik vor, wenn das reale Bruttoinlandsprodukt in einem Jahr um mehr als 2,5 Prozent schrumpfen sollte. In diesem Fall darf die Staatskasse ein großes Minus ausweisen, ohne dass die Mitgliedsländer mit einer Ermahnung oder gar mit einem Strafverfahren rechnen müssen.

**Staatsverschuldung**

Sie zeigt deutlich, welch tiefe Spuren die Finanz- und Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten hinterlassen hat. So haben die Staaten einerseits weniger konjunkturabhängige Steuern eingenommen – etwa auf Einkommen und Gewinne. Andererseits haben die Regierungen von London bis Berlin tief in den Staatssäckel gegriffen, um die Krise mit milliardenschweren Konjunkturprogrammen abzumildern. Durch diese Doppelbelastung ist der in den meisten Ländern ohnehin schon vorhandene Schuldenberg weiter gewachsen. Im Jahr 2010 wird sich der Schuldenstand der Euroländer voraussichtlich auf fast 90 Prozent des BIP erhöhen – im Jahr 2005 waren es 77 Prozent.

Auch die Bundesrepublik ist kein Musterknabe für Solidität: Bereits im Jahr 2005 – also lange vor der Finanz- und Wirtschaftskrise – lag die Schuldenstandsquote mit 71,1 Prozent außerhalb der Maastricht-Norm. Sie wird nach Berechnungen der OECD bis 2010 um voraussichtlich mindestens 13 Prozentpunkte zulegen. Damit entfernen sich auch die Politiker in Berlin immer weiter von der 60-Prozent-Vorgabe. Nun rächt sich für den Finanzminister, dass in den wirtschaftlich gut gelaufenen Jahren vor der Krise kein ausgeglichener Bundeshaushalt erreicht wurde – die Kre-



ditaufnahme wurde unabhängig von der Konjunktur zu einer Dauerdroge.

**Steigende Zinslasten**

Die Schuldenpolitik in Deutschland birgt wie in den meisten anderen europäischen Staaten ein zusätzliches Problem: die steigenden Zinsbelastungen. Denn klettern die Staatsschulden immer weiter, müssen dafür immer höhere Zinsen gezahlt werden. So hängt ein Damoklesschwert über dem öffentlichen Haushalt der Bundesrepublik. In Deutschland werden im nächsten Jahr rund 3 Prozent des BIP bzw. über 72 Milliarden Euro an Zinszahlungen fällig – und damit 9,6 Milliarden Euro mehr als noch im Jahr 2005. Auch im Rest Europas fällt die Prognose nicht besser aus. So müssen in Italien gut 9 Milliarden Euro zusätzlich berappt werden und in Großbritannien sogar 11 Milliarden Euro mehr. Vor allem Frankreich hat seinen Schuldenstand über die vergangenen Jahre deutlich erhöht und muss daher jetzt für die Zinsen tiefer in die Tasche greifen. Sarkozy & Co. haben im nächsten Jahr rund 15 Milliarden Euro mehr an Zinszahlungen zu leisten als noch vor fünf Jahren.

Man darf gespannt sein, welchen Weg die einzelnen europäischen Staaten aus dieser Verschuldungsmisere wählen werden. Denn grundsätzlich stehen nur zwei Varianten offen: Steuererhöhungen, um die Einnahmeseite zu stärken, oder ein rigoroser Sparkurs auf der Ausgabenseite.

Geknappt werden muss auf jeden Fall: Eine Konsolidierungsstrategie ist nur dann ein nachhaltiger Ausweg aus der Verschuldungsfalle, wenn die Ausgaben schrumpfen. Ein Minimalziel müsste sein, in Zukunft die staatlichen Ausgaben hinter dem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistung zu halten. Sollte also das nominale BIP etwa um 3 Prozent wachsen, so dürfte die öffentliche Hand weniger als diese 3 Prozent ausgeben. In der Folge würde das Niveau der Staatsquote sinken. Eine solche Strategie ist allerdings ein schwieriges politisches Geschäft – letztlich aber der einzig wirksame Ausweg aus dem Schuldensumpf.



Mercedes-Benz Econic wird in Wörth gebaut:

## Erdgas-Lkw geht in Serie



Foto: Daimler

**Neuer Econic NGT wird künftig im Mercedes-Benz Werk Wörth gefertigt: Übergabe der Econic-Produktion von Mannheim nach Wörth: Hermann Doppler, Leiter weltweite Produktion Lkw-Motoren, Yaris Pürsün, Leiter Mercedes-Benz Werk Wörth und Produktbereich Sonderfahrzeuge, Walter Eisele, Leiter Operations & Technik Sonderfahrzeuge (v.l.).**

**D**er Mercedes-Benz Econic mit Erdgasantrieb wird künftig im Mercedes-Benz Werk Wörth gefertigt und damit vollständig in die reguläre Serienproduktion integriert. Bisher wurde das Fahrzeug im Mannheimer Kompetenzcenter für emissionsfreie Mobilität (KEM) produziert. Aufgrund steigender Stückzahlen sowie der großen Kundennachfrage an Econic Gasfahrzeugen wird die Fertigung

nun komplett in den Produktbereich Sonderfahrzeuge in Wörth verlegt, der bisher als Kooperationspartner beteiligt war.

Im Rahmen des Bandablaufes des ersten Gas-Econic ab Werk Wörth übergab Hermann Doppler, Leiter weltweite Produktion Lkw-Motoren, die Verantwortung an Yaris Pürsün, Leiter Mercedes-Benz Werk Wörth, und den Produktbereich Sonderfahrzeuge. Dank der gu-

ten Zusammenarbeit beider Standorte und der gründlichen Vorbereitung der Serienfertigung im KEM sei die Wörther Produktion nun um ein erfolgreiches Fahrzeug reicher, wie Yaris Pürsün anlässlich der Übergabe betonte: „Mit der Produktion des emissionsarmen Gas-Econic haben wir ein weiteres Produkt, das für Zukunftsorientierung und Wachstum steht und somit unseren Standort nachhaltig stärkt.“

„Die Verlagerung der Komplettmontage nach Wörth bedeutet für uns eine Prozessoptimierung, die für verkürzte Lieferzeiten sorgt“, so Pürsün weiter. Im Zuge der Verlagerung errichtete man auch eine neue mobile Gastankstelle am Standort, an der vornehmlich die produzierten Gasfahrzeuge betankt werden. Die Integration des Econic NGT in die Serienfertigung ist Teil der Initiative „Shaping Future Transportation“ der Daimler AG. Die Initiative zielt darauf ab, den Kraftstoffverbrauch und die Emissionen bei Nutzfahrzeugen deutlich zu verringern. Bereits seit 2002 ist der umweltfreundliche Econic NGT mit Erdgasantrieb erfolgreich im Einsatz.

Mit zunehmendem Umweltbewusstsein und verschärften Vorschriften zur Luftreinhaltung hat sich der gasbetriebene Mercedes-Benz Econic zum „grünen Renner“ entwickelt, der in vielen europäischen Metropolen wie Paris, Barcelona, Athen oder Stockholm für Sauberkeit und bessere Luft sorgt. Der Econic NGT hat sich mittlerweile eine hervorragende Marktposition erarbeitet. Bereits heute entscheiden sich 20 Prozent der Kunden für die Vorzüge der Fahrzeuge mit Gasantrieb. Der Econic mit Erdgasantrieb stößt bis zu 90 Prozent weniger Partikel aus, verursacht 50 Prozent weniger Lärmbelastung und verbraucht bis zu 30 Prozent weniger Kraftstoff als Fahrzeuge mit herkömmlichem Antrieb. Damit eignet er sich bestens für den innerstädtischen Betrieb.





Foto: KSB

Zwischenmitteilung der KSB AG:

## Rekordjahr 2008 wird nicht erreicht

Der Umsatz des Pumpen- und Armaturenherstellers KSB hat sich von Januar bis September 2009 etwas schwächer entwickelt als im Rekordjahr 2008. Mit einem Rückgang um 3,6 Prozent erreichte der Konzern 1.401,4 Mio. Euro Umsatz, wie KSB heute in der „Zwischenmitteilung zum 30.09.2009“ berichtet. Der Auftragseingang bei KSB ging in den ersten neun Monaten 2009 um 13,7 Prozent auf 1.469,1 Mio. Euro zurück, vor allem bedingt durch ein schwächeres Geschäft mit Standardprodukten. Die gegenüber dem Auftragseingang stabilere Umsatzentwicklung ist wesentlich auf den hohen Bestand an längerfristigen Aufträgen zurückzuführen. Der Auftragsbestand lag Ende September 2009 bei mehr als 1 Mrd. Euro.

Die Abarbeitung längerfristiger Projektaufträge aus dem Auftragsbestand konnte den Rückgang des Ergebnisses im Standardgeschäft nicht kompensieren. Hinzu kamen ein erhöhter Preisdruck und steigende Personalkosten, so dass das Konzernergebnis vor Steuern in den ersten neun Monaten um rund 20 Prozent unter dem des Vorjahres lag. Für das Gesamtjahr geht KSB davon aus, dass das Konzernergebnis voraussichtlich um rund ein Viertel unter dem Rekordergebnis des Vorjahres (200,1 Mio. Euro) bleiben wird.

John Deere:

## Der fühlende Häcksler gewinnt Silber

Zum dritten Mal in Folge seit 2005 wird eine John Deere Innovation bei der Agritechnica mit einer Goldmedaille ausgezeichnet. Die Agritechnica ist die weltweit größte Landtechnik-Ausstellung, die in diesem Jahr in Hannover stattfindet.

Zusätzlich zu der Goldmedaille, die John Deere für ein innovatives Lenkkonzept an Großtraktoren verliehen wird, erhält John Deere fünf Silbermedaillen für weitere Neuentwicklungen an Traktoren und Anbaugeräten. Eine dieser ausgezeichneten Neuerungen kommt aus dem John Deere-Werk in Zweibrücken.

Dabei handelt es sich um die „Condition Monitoring Systems“ (CMS). Innerhalb der Häcksel-Erntekette haben Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit des Feld-

häckslers absolute Priorität. Mit Hilfe von CMS lässt sich die Verfügbarkeit der Maschine besser planen. Dieses System ermöglicht die präventive Instandhaltung und verringert dadurch zeitaufwendige Ausfälle auf dem Feld.

Anhand einer neuartigen Vibrationsanalyse an den Lagerstellen der wesentlichen Arbeitsorgane des Häckslers – wie Messtrommel, Körnerprozessor, Wurfgebläse und Vorpressewalzen – werden Lagerschäden umgehend erkannt und signalisiert. Damit können Wartungsarbeiten rechtzeitig geplant und durchgeführt werden. Die Information hierüber erfolgt über die Anzeige in der Maschine und über ein Telematiksystem. Die vibrationsbasierte Maschinendiagnose von mechanischen Bauteilen ist bisher einmalig auf dem Landtechnikmarkt.



Foto: John Deere

Beleidigungen im Straßenverkehr:

# Stinkefinger kostet bis zu 4.000 Euro

**K**eine Seltenheit auf Deutschlands Straßen: Gegenseitige Beschimpfungen und abfällige Gesten. Mit bis zu 4.000 Euro können solche Straftaten geahndet werden. Häufige Auslöser für Beleidigungen sind laut ADAC-Experten Missachtung der Vorfahrt, Drängeln oder Schneiden.

Der gestreckte Mittelfinger ist eine der meist gezeigten Gesten, die sich Autofahrer gegenseitig zeigen. Für den „Stinkefinger“ wurden bereits Geldstrafen zwischen 600 und 4.000 Euro verhängt. Aber auch bei anderen Beleidigungen gilt: Kleine Äußerung, großer Ärger. Beschimpft man andere Verkehrsteilnehmer beispielsweise mit „fieses Miststück“ oder „alte Sau“ können schon mal 2.500 Euro Geldstrafe verhängt werden.

Besonders streng werden herablassende Äußerungen gegenüber Polizisten oder Politessen verfolgt. Hierbei wird indirekt auch der Staat beleidigt. Deshalb erstattet der Ordnungshüter meist gemeinsam mit dem Dienstherrn Anzeige. Auch indirekte Beleidigungen wie „am liebsten würde ich Arschloch zu dir sagen“ muss sich niemand gefallen lassen. Im konkreten Fall wurden 1.600 Euro fällig.

Anders als bei Verkehrsverstößen gibt es bei Straftaten wie der Beleidigung keine festen Regelsätze. Die Geldstrafe wird – abhängig von den Tatumständen – in Tagessätzen angegeben. Die Höhe eines Tagessatzes orientiert sich an den wirtschaftlichen Verhältnissen des Beschuldigten. 30 Tagessätze entsprechen dabei einem Monatsnettoeinkommen.

**ADAC: „Ausrasten“ kann teuer werden**



Worte und Sprüche	in €
Bekloppter	250
Leck mich doch	300
Dumme Kuh	300–600
Witzbold	300
Du armes Schwein, du hast doch eine Matscheibe	350
Wegelagerer	450
Zu dumm zum Schreiben	450
Du blödes Schwein	500
Hast du blödes Weib nichts Besseres zu tun?	500
Einen Polizisten duzen	600
Dir hat wohl die Sonne das Gehirn verbrannt	600
Bei dir piept's wohl	750
Verfluchtes Wegelagerergesindel	900
Wichtelmann	1000
Du Wichser	1000
Bullenschwein (mit Stinkefinger)	1000
Raubritter	1500
Trottel in Uniform	1500
Ihr seid doch alle große Arschlöcher	1500
Idioten, ihr gehört in die Nervenheilanstalt	1500
Am liebsten würde ich jetzt Arschloch zu dir sagen	1600
Du Schlampe	1900
Fieses Miststück	2500
Alte Sau	2500
Gesten	
Zunge herausstrecken	150–300
Kreis aus Daumen und Zeigefinger bilden (Arschloch)	675–750
Einen Vogel zeigen	750
Mit der Hand vor dem Gesicht wedeln (Scheibenwischer)	350–1000
Mittelfinger zeigen (Stinkefinger)	600–4000

Die Geldstrafen wurden in Tagessätzen berechnet und geben deshalb nur einen generellen Anhaltspunkt  
Stand: November 2009 **ADAC** Infogramm

## Kundenkarten:

# Viele Daten – wenig Rabatt

Foto: ©PIXELIO/Markus Stark



**Durchschnittlich 4,5 Kundenkarten hat jeder Deutsche und rund 90 Prozent der Verbraucher nutzen eine Kundenkarte – so das Ergebnis zweier Marktforschungsstudien aus dem Jahr 2006. Ob Baumarkt, Einzelhandel oder Tankstelle – für nahezu jeden Konsumbereich gibt es Kundenkarten. Welchen Vorteil diese Karten bieten und wie viele persönliche Daten man dem Anbieter oder seinen Partnerunternehmen überlassen muss, wollten die Verbraucherzentralen Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in einem Marktcheck wissen.**

Sie haben sich in der Zeit von März bis August 2009 insgesamt 22 Kundenbindungssysteme näher angesehen. Das Fazit: Viele Unternehmen informieren nicht klar und deutlich darüber, was mit den – oftmals zu viel erhobenen – Daten der Verbraucher geschieht und dass Verbrau-

chern ein gesetzliches Auskunftsrecht über die gespeicherten Daten zusteht.

### Datensicherheit dürftig – Nutzen eher gering

Zwar halten die Anbieter bei der Erfassung der Daten in der Regel die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes ein, aber einige verstoßen gegen das Prinzip der Datensparsamkeit und der Transparenz. Nur in wenigen Fällen erfahren Verbraucher, wofür ihre Daten genutzt werden, wie lange sie gespeichert werden und was mit diesen nach Kündigung der Karte geschieht. Einige Unternehmen machen eine Teilnahme am Kundenprogramm davon abhängig, dass sich Verbraucher mit der Nutzung ihrer Daten einverstanden erklären. Auch die Weitergabe einer Vielzahl persönlicher Daten ist für ein reines Rabattprogramm aus Sicht der Verbraucherschützer vollkommen unnötig.

Äußerst unterschiedlich und meist auch nicht wirklich von großem geldwerten Nutzen sind die Vorteile, die die einzelnen

Karten bieten. Sie reichen von Bonus- bzw. Treuepunkten über Rabatt oder Sachprämien bis hin zur (allerdings seltenen) Barauszahlung der Boni. Die Rabatte liegen in der Regel zwischen 0,5 und 3 Prozent und sind teilweise noch abhängig vom Umsatz.

Grundlage für die Untersuchung waren die im Geschäft erhältlichen Unterlagen zu den Kundenkartenprogrammen und die jeweiligen Internetinformationen, wobei der Schwerpunkt der Untersuchung bei der Auswertung der ausgehändigten Informationen für die Kartenanträge lag. Sie sind in der Regel die erste (und oftmals einzige) Informationsgrundlage für Verbraucher.

### Verbraucherempfehlung

Kunden sollten kritisch prüfen, welche Vorteile und Nutzen eine Kundenkarte tatsächlich mit sich bringt. Es ist ratsam, die Finger von der Rabattkarte zu lassen, wenn keine klaren Informationen vorliegen, welche Daten gespeichert werden und was mit diesen Daten geschieht.

# Grafik des Monats



## Das Krankenkassen-Sterben

In den vergangenen 20 Jahren sind mehr als 1.000 gesetzliche Krankenkassen vom Markt verschwunden. Richtig eingesetzt hat die Konzentrationsbewegung aber erst vor der Einführung der freien Kassenwahl Ende 1996. Damals haben sich vor allem die zuvor örtlich autonomen Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOKs) zusammengeschlossen. Doch auch danach ging das Kassensterben ungebremst weiter.

Am 1. Juli 2009 zählte das Bundesgesundheitsministerium noch 186 Kassen, zum Jahreswechsel 2009/10 werden nach den bisherigen Ankündigungen wohl kaum mehr als 175 übrig sein. Ein Grund für die neuerliche Fusionitis: Seit 2007 können Krankenversicherer zum Beispiel Arzneimittelrabatte aushandeln oder mit Hausarztverbänden eigene Vergütungsvereinbarungen treffen. Dabei haben mitgliederstarke Kassen größere Chancen, Preisnachlässe durchzusetzen.